

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Jeden Sonntag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich Mt. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Jesusprediger Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Willkürzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg., im Textfeld die 90 mm breite Willkürzeile 20 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 218

Sonntag, den 16. September 1928.

83. Jahrgang

## Tageschau.

\* Nach Meldungen aus Paris soll Deutschland bei den Genfer Räumungsverhandlungen eine noch zu erfüllende Reparationslast von 86,5 Milliarden aufgebracht werden.

\* Ein juchender Orkan hat auf den westfälischen Inseln und in Teilen der Vereinigten Staaten schwere Zerstörungen angerichtet. Die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt.

\* Diplomingenieur Schützinger hat mit einem Luftfahrzeug der Bremen-Typ mit 1000 Kilogramm Nutzlast einen neuen Höhenweltrekord mit 7805 Meter erzielt.

\* Das neue Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute Sonnabend startbereit.

\*) Ausführliches an anderer Stelle.

## Das Kaleidostop von Genf.

(Von unserem Genfer Sonderbericht-erstatler.)

Genf, 14. September. Die Situationen wechseln kaleidostopartig. Eben war man noch völlig im Geschäft über Reparationsfragen — heute spricht alle Welt nur noch von dem, was wir mit grobem Worte die Rheinlandkontrolle nennen wollen. Man vermeidet diesen Ausdruck hier. Frankreich braucht ihn nicht, die deutsche Delegation kennt ihn nicht, und die Engländer, Belgier, Italiener, Japaner haben keinen Grund, über ihn zu reden. Man drückt sich anders aus und spricht von einem „Festigungs- und Vergleichskomitee“, von einer „Locarno-Kommission“, und man meint damit die Dinge, von denen man seit Tagen gemunkelt hat, die zuerst in voller Deutlichkeit Herr Berthoin in seinem Pariser Blatte in Einzelheiten skizziert hat, und die, wie man trotz aller Geheimnistuerei der deutschen Delegation jetzt wohl sicher weiß, auch entgegen aller Annahme schon in der offiziellen Aussprache der sogenannten Sechsmächtekonferenz in Erscheinung getreten sind.

Wir haben diesen französischen Plan bereits als außerordentlich gefährlich gekennzeichnet, und es besteht kein Grund, an diesem Urteil etwas zu ändern. Aber das schließt nicht aus, daß man die unverbindliche und lose Form, in der dieser Gedanke, der ja nicht neu ist, jetzt wieder in die offizielle Debatte gemorjelt wird, nicht von vornherein ein plattes deutsches Nein erfordert. Es scheint durchaus möglich — so überraschend das zunächst klingen mag —, Besprechungen und Verhandlungen über etwas Ähnliches wie diesen französischen Vorschlag einzuleiten. Wohlverstanden: möglich nur dann, wenn man entschlossen ist, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und die Fortführung der Taktik für richtig zu halten, die die deutsche Delegation in Genf bisher eingehalten hat, entgegen gewissen Befürchtungen, auch eingehalten hat. Man wird sich auf diesen „Boden der Tatsachen“ schon stellen müssen, wenn man der Auffassung ist, daß zwar vom ersten Tage der Vorbereitung der jetzigen deutschen Aktion in Genf, nämlich von der offiziellen Ankündigung des deutschen Räumungsverlangens in den Hauptstädten der Botschaftermächte an, ein falscher Weg eingeschlagen worden ist, der zwar zu einem Ziele, vielleicht sogar zu einer geringfügigen Erleichterung der deutschen Lage führen kann, aber abseits der Straße liegt, die etwas länger, aber sicherer ist und einem größeren Ziele zuführt. Der zweite Weg, der Müller nach Genf geführt hat, ist eingeschlagen, und es wäre nichts damit gewonnen, ihn wieder zurückzugehen. Der Zeitpunkt der Wahl am Kreuzwege ist vorbei; jetzt bleibt nur das Weiterstreben und der Versuch, wenigstens das Ziel zu erreichen, das dieser Stresemann-Müllersche Weg in der Ferne winken läßt.

Die Möglichkeit, über, wiederum grob gesprochen, die Rheinlandkontrolle zu reden, ist gegeben. Diese Erkenntnis ist für die deutsche Außenpolitik nicht neu. 1926 schon hat der heute wieder hervorgeholte Plan bei Genfer Besprechungen eine Rolle gespielt. Briand erdörte damals mit Stresemann den Gedanken, für den Fall einer Räumung, die vielleicht auf Grund von Thoiry zustande kommen könnte, das Militär durch eine internationale Kommission ablösen zu lassen, die nach einem Briand'schen Ausspruch von Basel aus durch Scherenfernenrohre das Rheinland ständig nach etwaigen Verstößen gegen Friedensvertrag und Locarnovertrag abzusuchen sollten. Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen. Durchaus möglich, daß eine sorgfältige Prüfung dieses Gedankens mit allen politischen und juristischen Konsequenzen, die naturgemäß verborgen in ihm stecken, zu dem Ergebnis führt, daß jivie Kontrollinstanzen (auch wenn man sie als Schlichterkommissionen ansetzen möchte) immer noch weniger drückend sein würden als die Anwesenheit von über

67 000 Mann uniformierter Besatzungstruppen. Durchaus möglich, — aber möglich nur in einem Falle: wenn die absolute Sicherheit dafür gegeben ist, daß diese unsichtbar gemachte Besatzung nicht einen Tag länger ihre Funktionen ausüben wird, als nach den Fristen des Friedensvertrages die militärische Besetzung längstens dauern darf: Also bis 3. Jahre 1935. Wenn man sich also bei der deutschen Delegation dafür entschließt — man hat sich noch nicht entschlossen — über einen solchen Plan in Erörterungen einzutreten, dann wird man sich darüber klar sein müssen, daß neben anderen diese Fristenfrage von ausschlaggebender Bedeutung sein muß. Es ist absolut untragbar, etwa die Besetzung, die selbst im ungünstigsten Falle 1935 ihr Ende findet, einzutauschen gegen eine Einrichtung, die zwar für die Bevölkerung des Westens weniger fühlbar wäre, uns politisch aber unter dem gleichen Druck hielte wie gegenwärtig die Truppen, und noch dazu diesen Druck viel länger auf uns ausüben würden als irgendeine Vorschritt des Friedensvertrages auch in seiner strengsten Auslegung das rechtfertigt. Vorläufig können wir aber mit Sicherheit annehmen, daß der ganze Gedanke von Frankreich überhaupt nur wegen dieser Verlängerung über 1935 hinaus vorgebracht ist, und deshalb haben wir allen Anlaß, die ungeheure Gefährlichkeit eines Zugeständnisses in dieser Frage im gleichen Augenblick zu betonen, wo wir die Möglichkeit einer Diskussion für durchaus gegeben erklären.

Am Sonnabendmittag findet nun in Berlin eine Kabinettsitzung statt, die sich mit der neuen Lage beschäftigen soll. Von hier aus gehen wir man lebhaft bedauern, daß kein führendes beamtetes Mitglied der Delegation zu diesem Zwecke nach Berlin fährt. Raum ein Telefongespräch, kaum ein noch so ausführlicher schriftlicher Bericht wird das Reichskabinett so gut informieren können, wie das jemand könnte, der seit der Reise nach Genf in dem Wust auftauchender und verknüpfender Pläne, Vorschläge und Stimmungen gelebt hat und sich in ihnen auskennt.

Aber eine noch weit größere Gefahr droht uns in Genf. Bisher hat Deutschland den Standpunkt vertreten, unter dem Druck der Befragung keine Reparationsverhandlungen zu führen und jede Kontrollenrichtung von vornherein abzulehnen. Nun will Frankreich die Räumungsfrage auch dazu benutzen, uns eine ungeheure Reparationslast aufzuhalsen, Pariser Meldungen sprechen von 86,5 Milliarden dauernde Militärskontrolle. Der bisher unverrückbare Standpunkt der deutschen Politik, daß die Reparationsfrage nicht mit der Befragungsfrage verquickt werden dürfe, scheint schon verlassen zu sein. Wenn es zutrifft, daß Reichskanzler Müller, wie die „Sächsische Zeitung“ behauptet, in Genf Vorschläge machen will und für diese Vorschläge die Zustimmung des Kabinetts erbittet, dann ist der Umfall schon geschehen und dann werden keine juristischen Formeln und keine Auslegungskünste die Verantwortung verschleiern können, die von der Reichsregierung getragen werden muß, weil sie den unangreifbaren Rechtsstandpunkt Deutschlands ausgegeben hat.

Wir reißen hieran folgende Meldung:

Paris, 14. Sept. In gut unterrichteten französischen Kreisen wird behauptet, daß die Räumungsverhandlungen schon merklich weit fortgeschritten seien. Deutschland habe den Weg der konkreten Vorschläge beschritten, wenigstens soweit die vorzeitige Abklärung der Damesobligationen in Frage kommt. Deutschland habe sich dazu entschlossen, nachdem Sondierungen in europäischen und amerikanischen Bankiertreffen es in der Ueberzeugung bekräftigt haben, daß der internationale Geldmarkt bereit sei, diese Obligationen zu kaufen. Das Interesse Amerikas für die Eisenbahn- und Industrieobligationen soll derart stark sein, daß in französischen Industrie- und Bankkreisen die Befürchtung besteht, Amerika könnte die gesamten in Frage kommenden Operationen allein bestreiten. Darum sind bereits verschiedene Industrielle, vor allem die Wendel, mit dem Ersuchen an Briand herantreten, einen bestimmten Teil der Anleihen Frankreich zu reservieren.

Den in Frage kommenden französischen Industriellen liegt natürlich in erster Linie daran, durch den Erwerb deutscher Industrieobligationen einen gewissen Einfluß und ein Kontrollrecht in die deutsche Industrie zu gewinnen, speziell in der Schwerindustrie des Ruhrgebietes und in der chemischen Industrie.

Schwierigkeiten bereitet nun natürlich die Frage über die Höhe der Reparationssumme.

Frankreich hat die Forderung aufgestellt, daß die Reparationssumme genügend hoch bemessen sein müsse, um seine

Schulden an Amerika und England, ferner die Kriegsschulden und die Pensionen voll decken zu können, was ungefähr 45 Milliarden Reichsmark ausmachen würde. Da Frankreich befanntlich ein Anrecht auf 52 v. H. der Reparationen hat, ergibt sich, daß Deutschland, wenn es nach den Wünschen Frankreichs ginge, 86,5 Milliarden Reichsmark an Reparationen zu zahlen hätte. Reichskanzler Müller hat aber diese Forderung von vornherein als unannehmbar erklärt. Trotz allem besteht in französischen Kreisen ausgeprägter Optimismus. Man rechnet darauf, daß die Deutschen etwas abhandeln, die französische Forderung aber doch im großen und ganzen anerkennen werden.

## Der Kanzler an die Deutschnationalen.

Im Verlauf der deutschnationalen Aktion hatte Graf Belfort durch das Auswärtige Amt dem Kanzler mitteilen lassen, er möge von weiteren Verhandlungen in Genf zwecks Festlegung mit dem auswärtigen Ausschuss des Reichstags vorübergehend nach Berlin zurückkehren. Die Antwort des Reichskanzlers an die deutschnationale Volkspartei ist laut „Berl. Tagbl.“ gestern in Berlin eingegangen. Sie besagt, daß bereits vor Eintreffen der deutschnationalen Anregung die Besprechung für den kommenden Sonntag festgesetzt worden sei, die Verabredung im deutschen Interesse deshalb nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. Der Kanzler werde, so wird beigefügt, selbstverständlich dem auswärtigen Ausschuss des Reichstages zur Verfügung stehen.

## Die französischen Luftflottenmanöver.

Paris, 14. Sept. Das geplante Manöver der Luftflotte in der unmittelbaren Umgegend von Paris, gegen das wegen der damit verbundenen Gefährdung der Bevölkerung sich zahlreiche Pressestimmen erhoben hatten, ist nunmehr in die Gegend von Chartres verlegt worden, wo heute morgen die ersten Übungen bereits begonnen haben. In der Nacht soll ein Bombenangriff von 80 Flugzeugen auf den Flugplatz Chartres martiert werden. Auch der zeitliche Umfang der Manöver ist geändert worden. Sie werden statt in der Nacht zum Sonntag bereits morgen nachmittags beendet werden. Dagegen beginnen am Sonnabend weitere Luftmanöver in der Gegend von Belfort, an denen mehrere englische Fliegeroffiziere teilnehmen werden. Weiterhin sind 21 Aufklärungsflugzeuge des 32. Fliegerregiments, Dijon, und 10 Bombenflugzeuge des 11. Fliegerregiments, Metz, zu Übungen herangezogen worden, die heute begonnen haben und bis Montag dauern sollen. Diesen Übungen, die auch während der Nacht fortgeführt werden, liegt als leitender Gedanke die Verteidigung der französischen Ostgrenze zugrunde.

Paris, 15. September. Havas berichtet aus Chartres, daß bei den nächtlichen Luftmanövern bei Chartres infolge der Schweregkeit des Sternens bei dem unklaren Himmel nur sieben Flugzeuge teilnahmen. Die Übungen gingen unter Einwirkung zahlreicher Scheinwerfer und Flugabwehrgeschütze vonstatten. Zwei Flugzeuge wurden von den Schleudern als abgekössen erklärt. Einige von den Apparaten abgeworfene Leuchtbomben explodierten und es wurden Vorrichtungen getroffen, daß sie beim Aufschlag auf dem Boden sofort gelöscht wurden. Um 22.30 Uhr waren die nächtlichen Luftmanöver zu Ende. Als Höhepunkt der Luftmanöver findet heute in Anwesenheit des Kriegsministers Painlevé bei Fontainebleau ein Bombardierungsübungsflug statt.

## Der Fern der Polenverhandlungen.

Berlin, 14. Sept. (Fig. Meldg.) Betrachtet man den äußeren Verlauf der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, so scheint alles in schönster Ordnung zu sein. Alle Kommissionen haben spätestens diesen Sonnabend ihre Arbeiten ausgenommen, man verhandelt schon über Wünsche, Kohlenfragen, Veterinärfragen — und man möchte also annehmen, daß über die unerlässlichen Voraussetzungen eines Handelsvertrages volle Einigkeit bestände. Räumlich die Rechtsfragen. Vor anderthalb Jahren schon hat man eine Einigung in der Niederlassungsfrage in Warschau erreicht und unterschrieben. Wertlos gemacht wurde sie durch die polnische Grenzonenverordnung, so wertlos, daß ihre wegen die viele Monate dauernde Unterbrechung in den Verhandlungen eintreten mußte. Daran hat sich noch nichts geändert. Im Gegenteil: die Polen versichern ganz offen, daß die Grenzonenverordnung nach wie vor den Zweck habe, das Niederlassungsabkommen unwirksam zu machen, und zeigen offenbar bisher gar keine Neigung, von diesem Standpunkt abzugeben. In dem sogenannten Wiener Protokoll vom Anfang dieses Jahres war zwischen den beiden Delegationsführern eine Verständigung in dieser Frage erzielt worden, die Warschau dann nicht anerkannte. Was für ein Grund besteht deutscherseits, dieses Wiener Protokoll der Öffentlichkeit nun nicht endlich einmal bekannt zu geben? Man sehe dann doch wenigstens klar über die polnischen Absichten und die deutschen Absichten.

erg-L.  
hlands  
edermann.  
Seit  
über  
40  
ahren  
haus  
erkreisel  
rotte.  
sw.  
durch die  
uersten  
cheiden  
che besten  
nnungen  
Verfügung.  
auscht oder  
bedingte Er-  
ster zu  
chtung Ihre  
stoffe  
und

am, Cheven  
Modellieren,  
aufhängen,  
stoffe, Sport-

Kameras,  
Kleidstoffe,  
Reise-